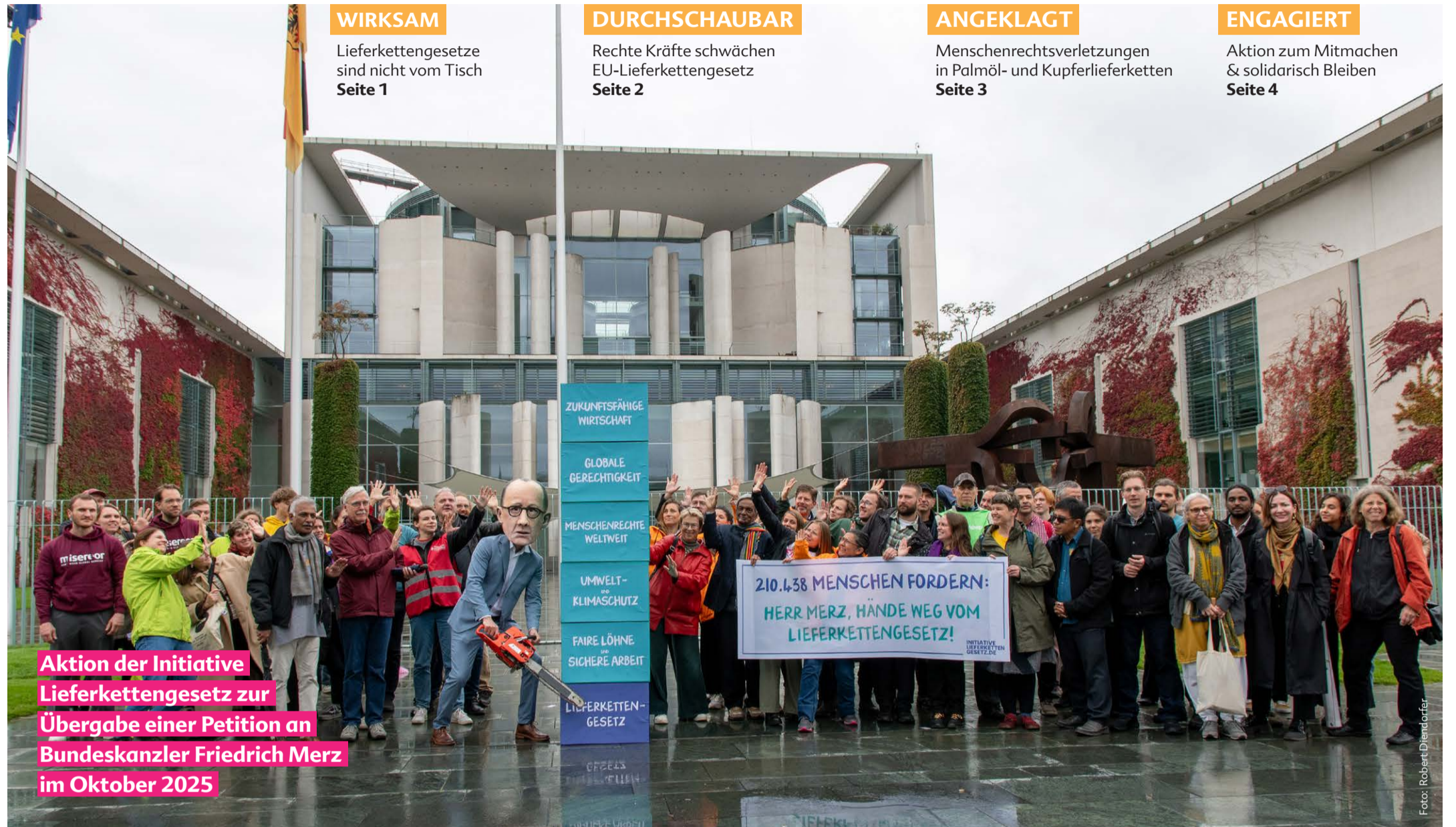


# BrennPunkt

Aktionszeitung der Romero Initiative (CIR)



## Drei Schritte vor, einen zurück

### Warum das Lieferkettengesetz trotz aller Angriffe ein Erfolg bleibt

*Das Lieferkettengesetz wirkt gegen Ausbeutung und Umweltzerstörung. Aber Abschwächungsversuche in Brüssel und Berlin zeigen: Dieser wirksame Schutz von Menschenrechten und Umwelt entlang globaler Lieferketten muss weiter verteidigt werden!*

TEXT: SOFIE KREUSCH (INITIATIVE LIEFERKETTENGESETZ)

Am 24. April 2013 stürzte die Textilfabrik Rana Plaza in Bangladesch ein und riss mehr als 1.130 Menschen in den Tod. Produziert wurde dort vor allem für den Export – auch für deutsche Unternehmen. Diese Katastrophe war in ihrem schrecklichen Ausmaß einmalig, steht jedoch exemplarisch für ein strukturelles Problem der globalisierten Wirtschaft: Unternehmen profitieren von niedrigen Löhnen und schwachen Arbeits- und Umweltschutzstandards im Ausland, übernehmen aber kaum Verantwortung für die Zustände vor Ort. Mit fatalen Folgen: Für Produkte unseres täglichen Bedarfs arbeiten Näherinnen zum Hungerlohn, schürfen Kinder in Minen kritische Rohstoffe, werden Wälder abgeholzt und Flüsse verseucht. Fast zehn Jahre später, am 1. Januar 2023, tritt das Lieferket-

tengesetz in Kraft. Erstmals sind große deutsche Unternehmen gesetzlich verpflichtet, Risiken für Menschenrechte und Umwelt in ihren Lieferketten zu identifizieren und Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Ein Meilenstein, der Wirkung zeigt und bereits zu ganz konkreten Verbesserungen für Beschäftigte geführt hat (mehr dazu im Interview auf S. 2). Studien, beispielsweise vom Jaro Institut, zeigen zudem, dass Unternehmen in der Regel gut mit den Anforderungen des Gesetzes zurechtkommen.

#### Abschwächung trotz Wirkung: Deregulierung um jeden Preis?

Kurzum: Das Lieferkettengesetz wirkt. 2024 trat zudem die EU-Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) in Kraft – mit zusätzlichen Rege-

lungen, die das Lieferkettengesetz weiter verbessern sollten. Eigentlich. Doch bevor sie überhaupt in einem einzigen EU-Land umgesetzt werden konnte, wurde die Richtlinie im vergangenen Jahr nochmals überarbeitet und dabei abgeschwächt. Unterdessen brachte die Bundesregierung in Deutschland eine Gesetzesnovelle auf den Weg, um Kernelemente des deutschen Lieferkettengesetzes abzubauen.

Konservative und rechte Parteien in der EU und Deutschland treiben aktuell massive Abschwächungen an Regelungen wie dem Lieferkettengesetz voran. Auf EU-Ebene setzen sie sich dabei nicht nur über Vorschriften des Gesetzgebungsprozesses hinweg, sondern auch über die Brandmauer nach Rechtsaußen: Die europäische Fraktion der CDU/CSU hat im EU-Parlament noch schärfere Abschwä-

chungen an der Lieferkettenrichtlinie durchgesetzt und dafür ganz gezielt mit den rechtsextremen Fraktionen zusammengearbeitet, anstatt mit der demokratischen Mitte Kompromisse zu suchen (mehr dazu auf S. 2).

#### Trotz allem: Sorgfaltspflichten bleiben bestehen

Allen Rückschritten zum Trotz haben das Lieferkettengesetz und die damit gesetzlich verankerten Sorgfaltspflichten weiter Gültigkeit. Zudem bringt die EU-Richtlinie selbst in abgeschwächter Form wichtige Verbesserungen mit sich.

Ein Beispiel ist der risikobasierte Ansatz, durch den sich Unternehmen auf den Teil ihrer Lieferkette konzentrieren müssen, wo mit den gravierendsten Risiken zu rechnen ist: etwa auf Plantagen, in Minen oder Textilfabriken am Anfang der Lieferkette. Das ist sinnvoll, um die tatsächlichen Missstände ausfindig zu machen – und entlastet gleichzeitig kleinere Zulieferbetriebe in Europa, die aktuell in der Risikoanalyse von Unternehmen im Mittelpunkt stehen. Außerdem muss Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen künftig der Zugang zu Recht und die Möglichkeit, Schadenersatz einzuklagen, eingeräumt werden. Und auch für den Schutz der Umwelt bringt die EU-Richtlinie Verbesserungen mit sich, in-

dem sie deutlich mehr internationale Umweltabkommen einbezieht.

Entscheidend für die umfassende Wirkung des Gesetzes ist jedoch der Anwendungsbereich, also die Vorgabe, für welche Unternehmen das Gesetz gilt. Während das Lieferkettengesetz aktuell auf alle Großunternehmen ab 1.000 Beschäftigte angewandt wird, setzt die abgeschwächte EU-Richtlinie deutlich höhere Schwellenwerte an: Sie gilt erst für Unternehmen ab 5.000 Mitarbeitenden und einem Jahresumsatz von 1,5 Mrd. Euro. Schätzungen zufolge könnten dadurch rund 95 Prozent der bislang erfassten deutschen Unternehmen aus dem Geltungsbereich herausfallen – darunter auch einige, gegen die im Rahmen des deutschen Lieferkettengesetzes bereits Beschwerden wegen Verletzung von Sorgfaltspflichten eingereicht wurden. Eine Anpassung des Anwendungsbereichs wäre also höchst problematisch – und vermutlich rechtswidrig, weil sie das menschenrechtliche Schutzniveau absenken würde und damit gegen völker- und europarechtliche Grundsätze verstieße.

#### Jetzt erst recht: Menschenrechte verteidigen!

Als Bündnis von über 90 Menschenrechts- und Umweltschutzorganisationen, Ge-

werkschaften und kirchlichen Trägern konnte die Initiative Lieferkettengesetz durch öffentlichen Druck, Aufklärung und Lobbyarbeit eine völlige Entkernung des Lieferkettengesetzes mit verhindern. Dieser zivilgesellschaftliche Widerstand wird auch in den kommenden Monaten und Jahren gebraucht werden. Es gilt zum einen, eine weitere Abschwächung des deutschen Lieferkettengesetzes durch die Bundesregierung zu verhindern. Zum anderen wollen wir erreichen, dass das EU-Lieferkettengesetz möglichst ambitioniert in deutsches Recht umgesetzt wird. (Lesen Sie auf S. 4, wie Sie uns dabei unterstützen können.)

Denn Fortschritte für mehr globale Gerechtigkeit wieder infrage zu stellen, ist keine valide Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit. Im Gegenteil: Gerade in Zeiten globaler Unsicherheiten, wachsender Ungleichheit und zunehmend sichtbarer Auswirkungen der Klimakrise braucht es ein klares Bekenntnis zu sozialer Gerechtigkeit und globaler Solidarität. Der Schutz der Menschenrechte und unserer natürlichen Lebensgrundlagen darf nicht zur Verhandlungsmasse werden, sondern muss der Ausgangspunkt für eine wirklich zukunftsfähige Wirtschaft sein. Ein starkes Lieferkettengesetz ist und bleibt dafür ein entscheidendes Werkzeug.

# „Das BAFA muss das Gesetz konsequenter durchsetzen“

Interview mit Finn Schufft (Germanwatch) über die Wirkung des Lieferkettengesetzes

Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, das seit über drei Jahren in Kraft ist, steht aktuell politisch unter Druck. Doch welche Auswirkungen hat es tatsächlich? Dieser Frage ist die Organisation Germanwatch mit ihrem Bericht „Wie wirkt das Lieferkettengesetz?“ nachgegangen und hat dafür mit Menschen gesprochen, die das Gesetz täglich in ihrer Arbeit anwenden. Wir haben Finn Schufft, den Autor des Berichts, zu den aufschlussreichen Ergebnissen interviewt.

INTERVIEW: CHRISTIAN WIMBERGER (ROMERO INITIATIVE)

## Was habt ihr mit eurer Studie herausgefunden?

Ziel des Lieferkettengesetzes ist es ja, dass sich große Unternehmen bei Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit ihren Geschäftstätigkeiten nicht mehr hinter ihrer möglicherweise komplexen Lieferkette oder undurchsichtigen Konzernstrukturen verstecken können. Insgesamt sind wir auf viele Beispiele gestoßen, in denen das Gesetz diese beabsichtigte Wirkung erzielt, indem es die Unternehmen selbst in die Verantwortung nimmt, ihren Einfluss zur Verhinderung oder Beendigung von Menschenrechtsverletzungen zu nutzen.

## Kannst du besonders positive Beispiele nennen?

Eine Gewerkschaft in Costa Rica hat zusammen mit Oxfam Deutschland durch eine Beschwerde bei einem Supermarkt-Discounter erreicht, dass Arbeiter\*innen auf einer

## DIE FOLGE DER VERWÄSSERUNG



Deutsches Lieferkettengesetz (2021):  
**2.891**

Anzahl der erfassten Unternehmen mit Hauptsitz in Deutschland

Abgeschwächtes EU-Lieferkettengesetz:  
**150**

Quelle: Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Linken (Drucksache 21/2236) Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz

Bananenplantage Ausgleichszahlungen für vorenthaltene Löhne erhielten. In Deutschland nutzten LKW-Fahrer\*innen erfolgreich das Gesetz, um gegen den täglich stattfindenden Lohnbetrug im Straßenverkehr vorzugehen. Wichtig für diese Erfolge sind starke gewerkschaftliche und zivilgesellschaftliche Organisationen, die von dem Gesetz wissen, und es als Druckmittel einsetzen können.

## Was würdest du Unternehmen sagen, die das Lieferkettengesetz als sinnlose Bürokratie bezeichnen?

Interessanterweise kommt dieser Vorwurf sehr viel häufiger von Industrieverbänden als von Unternehmen, die das Gesetz selbst umsetzen müssen. Mit Unternehmen sind wir im intensiven Austausch über die Umsetzung des Gesetzes. Dabei zeigt sich immer wieder, dass Belastungen meist nicht durch

das Gesetz selbst hervorgerufen werden, sondern durch eine falsche Umsetzung – etwa, weil Unternehmen sich nicht auf die in ihrem Geschäftsfeld relevanten Menschenrechtsrisiken fokussieren, sondern detaillierte Fragebögen an alle ihre Zulieferbetriebe versenden.

## Lobbyverbände führen immer wieder die Belastung des Mittelstands durch das Lieferkettengesetz als Argument ins Feld. Was habt ihr dazu herausgefunden?

Diese Belastung ist das vielleicht beste Beispiel für die mangelhafte, teils missbräuchliche Umsetzung des Gesetzes. Mittelständische Unternehmen sind nicht selbst von dem Gesetz erfasst. Die Belastung entsteht dadurch, dass große Unternehmen versuchen, ihre Pflichten auf ihre mittelständischen Zulieferbetriebe ab-

zuwälzen. Auch Mittelständler sollten sich mit Menschenrechtsrisiken auseinandersetzen. Vielen Familienunternehmen ist das auch ein großes Anliegen. Das Lieferkettengesetz enthält diesbezüglich allerdings keine Verpflichtungen.

## Welche Rolle spielt das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) bei der Umsetzung des Gesetzes?

Das BAFA ist für die Kontrolle des Gesetzes zuständig. Das Gesetz könnte noch sehr viel besser wirken, wenn das BAFA es konsequenter durchsetzen würde. Die Beschwerden Betroffener beim BAFA haben, soweit wir wissen, bislang kaum positive Wirkung gezeigt. Das BAFA pflegt einen „kooperativen Ansatz“ mit Unternehmen und hat bis heute trotz Hinweisen auf schwere Verstöße keine einzige Sanktion gegen ein Un-

ternehmen verhängt. Ein großes Problem ist die mangelnde Transparenz der Behörde – viele Beschwerdeführende haben Jahre nach Einreichung ihrer Beschwerde keine Informationen zum aktuellen Stand. Auch die mangelnde Unabhängigkeit des BAFA vom weisunggebenden Wirtschaftsministerium wirkt sich negativ auf die Durchsetzung des Gesetzes aus.

## Was würden die geplanten Abschwächungen des Gesetzes für die weitere Umsetzung bedeuten?

Würden die auf EU-Ebene vorgeschlagenen Änderungen beim Anwendungsbereich des Gesetzes übernommen, könnten künftig nur noch fünf Prozent der bislang erfassten deutschen Unternehmen nach dem Gesetz verpflichtet sein. Die Menschen in den Lieferketten dieser Unternehmen würden auf einen Schlag alleingelassen. Allerdings wäre ein solcher Schritt ein klarer Verstoß gegen das menschenrechtliche Rücktrittsverbot und die EU-Grundrechtecharta. Daran gilt es auch die Bundesregierung immer wieder zu erinnern.

## Wirtschaftsministerium handelt verfassungswidrig

Im September 2025 wies das von Katherina Reiche (CDU) geführte Wirtschaftsministerium per E-Mail das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) an, keine Unternehmensberichte über Sorgfaltspflichten mehr zu prüfen, obwohl genau das Aufgabe des BAFA ist. Ferner

soll die Behörde Bußgelder gegen Unternehmen nur noch bei „schweren Menschenrechtsverletzungen“ verhängen. Nach Einschätzung des Rechtsanwalts für Wirtschaft und Menschenrechte Robert Grabosch handelt das Ministerium verfassungswidrig, da es die Gewaltenteilung missachtet und

ein geltendes Gesetz ignoriert. „Bundesministerien haben für den Vollzug von Gesetzen zu sorgen und dürfen diese nicht etwa aussetzen“, so Grabosch. Dies hat auch der wissenschaftliche Dienst des Bundestages bestätigt.

# Profit vor Verantwortung

Wirtschaftslobby und Rechte opfern Gemeinwohl und Menschenrechte

Unter dem Vorwand des Bürokratieabbaus machen Unternehmensverbände und konservative gemeinsame Sache mit Rechtsaußen-Kräften und arbeiten an einer massiven Deregulierungswelle. Das Netzwerk RulesToProtect wehrt sich dagegen.

TEXT: NINA KATZEMICH UND EMILIA KNEBEL (LOBBYCONTROL)

Viele Jahre war die Europäische Union treibende Kraft für hohe Umwelt- und Sozialstandards. Auch Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat in ihrer ersten Amtszeit Gesetze geschaffen, die Konzernen Grenzen zum Schutz von Mensch und Umwelt setzen – z. B. den European Green Deal.

Doch seit Beginn der aktuellen Wahlperiode im Sommer 2024 ist eine rasante Abkehr von diesem Kurs im Gange. Statt die geschaffenen Regeln effektiv durchzusetzen, werden sie abgeschwächt, verschoben oder gar abgeschafft. So wurden u. a. bereits Gesetzespakete zur Abschwächung der Chemikalienregulierung, des Digitalrechts oder des Umweltrechts auf den Weg gebracht, zahlreiche weitere sollen folgen. Die Kommission spricht dabei von „Vereinfachung“ und „Bürokratie-

abbau“. In der aktuellen politischen Praxis dient „Vereinfachung“ jedoch überwiegend als Tarnbegriff für den gezielten Abbau von Schutzstandards zugunsten von Konzerninteressen und zulasten von Umwelt- und Verbraucherschutz.

## Große Kampagne gegen Schutzregeln

Wie es dazu kam? Den großen europäischen Wirtschaftsverbänden und Konzernen ist es gelungen, die Wettbewerbsfähigkeit zum bestimmenden Thema der Europawahlen 2024 zu machen. Mit Verweis auf die zahlreichen global herrschenden Krisen haben sie die bestehenden Schutzregeln in groß angelegten Kampagnen als zu große Belastung dargestellt. Konservative Parteien und Politiker\*innen griffen die-

ses Narrativ auf und übernahmen es in ihre Wahlprogramme, angetrieben von Rechtsaußen-Parteien, die staatliche Regeln demontieren wollen, um den Staat zu schwächen.

Die Wahlen haben zu einem krassen Rechtsruck im EU-Parlament geführt. Ursula von der Leyen wurde für eine zweite Amtszeit von der EVP (Europäische Volkspartei, der auch CDU/CSU angehören) nur unter der Bedingung vorgeschlagen, dass sie Ernst macht mit der Deregulierungsagenda der Konzerne. Die erste Richtlinie, die dieser Agenda zum Opfer fiel, war die EU-Lieferkettenrichtlinie. 2024 noch als Meilenstein für Umwelt, Klima- und Menschenrechte verabschiedet, wurde sie bis Ende 2025 massiv abgeschwächt – mithilfe einer Mehrheit aus konservativer EVP-Fraktion und den drei Rechtsaußen-Fraktionen im



Protestaktion gegen die Abschwächung des EU-Lieferkettengesetzes in Brüssel

Parlament: EKR (Europäische Konservative und Reformier), PFE (Patriots for Europe) und der von der AfD dominierten ESN (Europe of Sovereign Nations).

## US-amerikanische Ölkonzerne mischen mit

Eine Recherche der französischen Organisation Bloom zeigt: US-Unternehmen und die Regierung unter Präsident Donald Trump haben gezielt daran gearbeitet, das EU-Lieferkettengesetz abzuschwächen, um ihre wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen. Geleakte Dokumente enthüllen, wie ein geheimes Bündnis aus elf Unternehmen – darunter die Erdölkonzerne Chevron, ExxonMobil und Koch Inc. – gezielt auf alle EU-Institutionen Einfluss genommen haben. Der schwedische Christdemo-

krat Jörgen Warborn, der als Berichterstatter die Verhandlungen zur Abschwächung der Richtlinie koordinierte, wurde als eines der Hauptziele ausserkoren. Er sollte ein Bündnis mit den Rechten schmieden, statt Kompromisse mit den bürgerlichen Parteien zu schließen. Die Kooperation der EVP mit den europäischen Rechten und Rechtsextremen zur Abschwächung des Gesetzes ist also auch das Ergebnis einer strategischen Beeinflussung.

Diese Entwicklung in Bezug auf das EU-Lieferkettengesetz ist nur ein Beispiel für die massive Kampagne der Industrie-lobby und ihrer Mitstreitenden – den konservativen und Rechtsaußen-Akteuren in Europa und auf der ganzen Welt – mit dem Ziel, Schutzstandards der angeblich gefährdeten Wettbewerbsfähigkeit und kurzfristigen Wirtschaftsinter-

essen zu opfern. Die EU-Kommission tut dabei alles, um die Zivilgesellschaft aus dem politischen Prozess herauszuhalten.

## Widerstand gegen Deregulierung

In einem breiten Bündnis treten wir dieser Politik entgegen: Unter dem Namen RulesToProtect haben sich zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen aus den verschiedensten Bereichen zusammengeschlossen, um unsere europäischen Regeln zum Schutz von Mensch und Umwelt zu verteidigen. Auch in Deutschland bauen wir derzeit ein solches Bündnis auf. Es gilt, dem Narrativ der Industrie, dass Wettbewerbsfähigkeit nur auf Kosten des Allgemeinwohls möglich sei, etwas entgegenzusetzen. Wir machen uns an die Arbeit.

# Die einen feiern, die anderen zahlen die Zeche

Lieferkettenbeschwerden gegen den Metallkonzern Aurubis

Aurubis bezeichnet sich selbst als nachhaltiges Unternehmen. Vom Kupferbergbau in Mexiko Betroffene sehen das anders – und fordern endlich Konsequenzen für den Konzern. TEXT: CHRISTIAN WIMBERGER (ROMERO INITIATIVE)

Auf der Aktionärsversammlung von Aurubis Mitte Februar in Hamburg herrschte ausgelassene Stimmung. Der Wert der Aktie des Metallkonzerns hatte sich innerhalb eines Jahres verdoppelt. Die Kupferbranche, das Kerngeschäft von Aurubis, boomt. Der Vorstandsvorsitzende Toralf Haag warf während seiner Rede die Schlagworte „Elektrifizierung, Künstliche Intelligenz und Verteidigung!“ in den mit Hunderten Aktionär\*innen besetzten Raum – Sektoren, die Aurubis aufgrund ihres Wachstums massenhaft Kupferprodukte abnehmen.

Doch bei aller Euphorie verschwieg Haag, woher das für diese Produkte nötige Kupfererz stammt. Auch dass gegen Aurubis mittlerweile drei Beschwerden im Rahmen des Lieferkettengesetzes vorliegen, erwähnte er nicht. Die erste reichte die Romero Initiative für Martha Velarde aus dem mexikanischen Bundesstaat Sonora ein. Sie und 22.000 weitere

Menschen sind von den Folgen einer Umweltkatastrophe betroffen, die der Bergbaukonzern Grupo México 2014 verursachte. Seit dieser im August 2014 durch fahrlässiges Handeln zehntausende Kubikmeter Bergbaurückstände mit giftigen Metallen wie Blei und Arsen in den Fluss Sonora leitete, ist das Fluss- und Grundwasser kontaminiert. Das fahrlässige Handeln, und dass sich die Schadstoffe im Blut der Anwohner\*innen nachweisen lassen, haben mehrere von staatlichen Behörden durchgeführte Studien bestätigt.

## Deutsche Behörde muss endlich handeln

Martha warf Aurubis vor, trotzdem seit Jahren große Mengen Kupferkonzentrat aus der Mine zu beziehen. Viele Menschen entlang des Flusses Sonora erkrankten an Krebs, Arsenvergiftungen u. ä. So auch Martha, die kurze Zeit, nachdem sie die Beschwerde eingereicht hatte, ver-

starb. Zwei ebenfalls betroffene Frauen führen die Beschwerde seitdem fort. Mena Bonilla, eine der Beschwerdeführerinnen, verliert nun langsam die Geduld mit dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA).

Denn die Behörde, die für die Kontrolle des Lieferkettengesetzes zuständig ist, hat seit über einem Jahr keine Maßnahmen gegen Aurubis ergriffen. Mena fordert das BAFA nun auf, endlich zu handeln. Das Amt soll anordnen, dass Aurubis zusammen mit dem Konzern Grupo México einen umfassenden Plan zur Behebung der gesundheitlichen und umweltbezogenen Schäden umsetzt. „Da Aurubis die Rohstoffe nutzt, deren Ausbeutung unsere Gemeinden verwüsten, ist das Unternehmen mitverantwortlich“, schreibt die Betroffene im April an das BAFA, um die Behörde wachzurütteln. Laut Lieferkettengesetz kann das BAFA eine solche Anordnung erteilen und Aurubis in die Pflicht nehmen.

## Gesundheit muss Priorität sein

Die Betroffenen fordern, dass das BAFA Aurubis verpflichtet, sich an einem seit Jahren vom Bergbaukonzern verschleppten Wiedergutmachungsprozess zu beteiligen. Den Gemeinden sollen z. B. endlich ein auf Toxikologie spezialisiertes Krankenhaus und die versprochenen Trinkwasseraufbereitungsanlagen bereitgestellt werden. „Die Gesundheitsversorgung muss eine unmittelbare Priorität sein“, heißt es in einer Stellungnahme der Betroffenenvereinigung. Für Mena ist es unbegreiflich, warum das BAFA den milliardenschweren Konzernen, der sich auf Aktionärsversammlungen selbst feiert, mit Samthandschuhen anfasst. „Wir fordern keine Privilegien, sondern Gesundheit, sauberes Wasser und Transparenz“, erklärt sie.

Aurubis importiert als zentraler Akteur im europäischen Kupfergeschäft immense Mengen Kupfererz – vor allem aus Lateinamerika. Aktuell liegen beim BAFA weitere Beschwerden gegen Aurubis vor. Das katholische Hilfswerk Misereor vertritt aufgrund des Kupferbergbaus erkrankte Menschen



aus Peru. Aurubis ist aber immer noch nicht bereit, mit Beschwerdeführenden über konkrete Zulieferbetriebe zu sprechen und Abhilfemaßnahmen zu ergreifen, die die Situation der Betroffenen verbessern. Das BAFA muss deshalb endlich robuste Maßnahmen ergreifen und den Konzern zur Verantwortungsübernahme auffordern. Das übliche Argument der schwächelnden Wirtschaft kann zumindest bei Aurubis keine Ausrede mehr sein. Die gute Nachricht für die Betroffenen in den Lieferketten ist: Die kürzlich beschlos-

Oben: Kupfertagebau einer Zuliefermine von Aurubis in Panama; darunter: Beschwerdeführerin Mena Bonilla (rechts) bei einer Protestaktion gegen den Bergbaukonzern

sene Abschwächung des EU-Lieferkettengesetzes (CSDDD) wird Aurubis nicht aus der Verantwortung entlassen. Die Anzahl der Mitarbeitenden und der Umsatz des Unternehmens sind groß genug, um in Zukunft unter die Pflichten der EU-Richtlinie zu fallen, die in einigen Punkten über das deutsche Gesetz hinausgeht.

## „Unser Kampf ist friedlich und rechtmäßig“

Das Lieferkettengesetz als Mittel gegen Gewalt im Palmölanbau

Im April 2025 reichten Yoni Rivas und eine weitere Vertreterin einer kleinbäuerlichen Kooperative im honduranischen Aguán-Tal eine Beschwerde gemäß Lieferkettengesetz gegen die Agrarriesen Cargill und ADM ein. Die Konzerne beziehen Palmöl aus Lieferketten, die mit dem Palmölunternehmen Corporación Dinant verbunden sind. Die Kooperativen werfen Dinant schwere Menschenrechtsverletzungen vor. Die Romero Initiative unterstützt den Beschwerdeprozess. Wir haben mit Yoni Rivas über den aktuellen Stand gesprochen.

INTERVIEW: ANDERSON SANDOVAL, TEXT: ANNE STRÄSSER (BEIDE ROMERO INITIATIVE)

### Yoni, was werft ihr Dinant vor?

Der aktuelle Konflikt geht darauf zurück, dass Unternehmen der Agrarindustrie sich in den 1990er-Jahren unrechtmäßig Land angeeignet haben. Wir setzen uns seit über 20 Jahren dafür ein, dass geltendes Recht eingehalten wird und wir auf unserem Land wieder leben und arbeiten können. Dieser friedliche Widerstand wird jedoch von Unternehmen wie Corporación Dinant mit massiver Gewalt beantwortet. Dabei

arbeitet Dinant immer wieder mit kriminellen Gruppen zusammen, um uns einzuschüchtern und zu vertreiben. Auch vor Mord schrecken sie nicht zurück. Über 200 Menschen wurden getötet, allein 13 im vergangenen Jahr.

Seit Anfang dieses Jahres ist in Honduras eine neue Regierung unter der Führung des rechtskonservativen Politikers Nasry Asfura im Amt. Was bedeutet das für euren Widerstand?



Foto: Plataforma Agraria

Menschenrechtsverteidiger Yoni Rivas

Unser Kampf ist friedlich und rechtmäßig. Dinant hingegen greift zu Gewalt, weil wir juristisch im Recht sind. Unter der neuen Regierung befürchten wir jedoch, dass dieses Recht angegriffen wird. Seit dem Regierungswechsel beobachten wir Entwicklungen, die der Agrarindustrie entgegenkommen und bäuerliche Bewegungen schwächen könnten, zum Beispiel ein geplantes Gesetz zur Förderung der Agrarindustrie. Dieses würde agrarindustrielle Unternehmen wie Dinant be-

vorzugen. Wir haben den Entwurf als rechtswidrig kritisiert.

### Welche Auswirkungen hat das auf eure Strategie?

Wenn nationale Institutionen geschwächt sind oder ihre Aufgaben nicht erfüllen, werden internationale Mechanismen umso wichtiger. Neben der Beschwerde in Deutschland haben wir auch eine Beschwerde am Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte eingereicht. Gerade erst wurden unsere Forderungen durch einen Bericht des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte erneut bestätigt. Solche internationalen Anerkennungen stärken uns den Rücken und senden wichtige Signale an die politischen und wirtschaftlichen Mächte in Honduras. Auch unsere Lieferkettenbeschwerde beim BAFA ist Teil davon.

### Viele Menschen setzen sich trotz des politischen Gegenwinds dafür ein, dass es starke Lieferkettengesetze gibt. Was würdest du ihnen gerne sagen?

Setzt euch dafür ein, dass diese Gesetze bestehen bleiben und auch wirklich umgesetzt werden! Für uns sind Lieferkettengesetze wichtig, weil sie dazu beitragen, dass ein Unternehmen, das beispielsweise Palmöl produziert, dies unter Achtung der Rechte der Gemeinden und der Natur tun muss. Dank der internationalen Solidarität fühlen wir uns bestärkt und zutiefst ermutigt. Denn sozialer Kampf verlangt Mut – den Mut zu glauben, zu fühlen und darauf zu vertrauen, dass unser Anliegen gerecht ist. Daraus schöpfen wir Zuversicht.



Palmölerte in Honduras

Foto: Radio Progreso

## Beschwerde von kleinbäuerlichen Kooperativen gegen Agrarriesen droht eingestellt zu werden

Die Beschwerde gegen ADM und Cargill wurde angenommen. Nun droht jedoch die Einstellung der Verfahren, da Lieferbeziehungen zu den deutschen Tochterunternehmen der Konzerne, die unter das Lieferkettengesetz fallen, angeblich nicht ausreichend belegt seien. Scheitern Beschwerden jedoch daran, dass Betroffene Lieferbeziehungen nicht ausreichend belegen können, übersieht die zuständige Behörde die eigentliche Ursache des Problems: Für Außenstehende fehlt es an Lieferkettentransparenz. Genau deshalb sieht das Lieferkettengesetz eine Umkehr

der Beweislast vor und statet das BAFA mit umfassenden Befugnissen aus, um diese Transparenz herzustellen. Wir erwarten nun, dass davon Gebrauch gemacht wird.

Eine weitere Chance für die Kooperativen im Aguán-Tal bietet die Umsetzung der EU-Lieferkettenrichtlinie: Zwar werden künftig weniger Unternehmen unter das Gesetz fallen, doch bei Konzernstrukturen wie denen der Agrarriesen können durch konzernweite Sorgfaltspflichten künftig auch Muttergesellschaften mit Sitz in Drittstaaten in die Verantwortung genommen werden.

Weitere Hintergründe zum Konflikt liefert dieser Kurzfilm:

LAND, WÜRDE UND GERECHTIGKEIT – Agrar Kooperativen im Widerstand gegen die Palmölindustrie



youtube.com/watch?v=G1IO-BFZnHo



MAMAMDOU DIALLO | THEATERSCHAUSPIELER

„Ich glaube daran, dass Veränderung dort beginnt, wo Menschen hinschauen, zuhören und mitfühlen. Auf der Bühne erzählen wir Geschichten, die sonst oft unsichtbar bleiben. Faire Arbeits- und Lebensbedingungen sind für mich kein Luxus, son-

dern ein grundlegendes Recht – jeder Mensch verdient Respekt, Würde und die Chance auf ein gutes Leben – egal, wo er lebt. Wenn wir unsere Stimmen erheben, handeln und solidarisch sind, können wir gemeinsam etwas bewegen.“

# Darum sind mir Lieferkettengesetze wichtig!

Bei der aktuellen Polemik gegen Lieferkettengesetze wird eines oft vergessen: Sie wurden u. a. verabschiedet, weil sich in Umfragen eine Mehrheit dafür aussprach und sich Menschen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen dafür stark machten. Viele tun das noch immer! Einige dieser engagierten Menschen sollen hier zu Wort kommen.



DR. WALTRAUD TEIGELER  
EINE-WELT-KREIS SALZKOTTEN e.V. UND EINE-WELT-LADEN

„Als Ärztin habe ich mit Menschen in Kolkata in Indien gearbeitet, die unter menschenunwürdigen Bedingungen Jeans bestickten und Hemden und Kleider nähten. Sie konnten es sich nicht leisten, krank zu feiern, und uns blieb nur, ihre Leiden ein wenig zu lindern. Keine befriedigende Aufgabe, wenn man die Ursachen der Krankheit nicht wenigstens verringern kann. Daran kann sich nur etwas ändern, wenn ein Lieferkettengesetz zumindest Menschenrechtsverletzungen verhindert. Wir setzen uns zusammen mit dem Eine-Welt-Kreis für das Lieferkettengesetz ein – mit Unterschriftensammlungen, Veranstaltungen und Briefen an die Abgeordneten unserer Region.“



DR. BÄRBEL KOFLER  
PARLAMENTARISCHE STAATSEKRETÄRIN/MDB

„Unsere Kleidung, Handys oder Lebensmittel dürfen nicht auf Ausbeutung beruhen. Mit der Lieferkettenrichtlinie haben wir nun erstmals gemeinsame Standards in Europa. Ich hätte mir eine stärkere Richtlinie gewünscht. Jetzt müssen wir versuchen, das Beste daraus zu machen. Ich setze mich dafür ein, dass die Standards nun wirksam und praktikabel umgesetzt werden. Dafür bauen wir z. B. die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften in unseren Partnerländern aus. Menschenrechte und Umweltschutz dürfen am Anfang globaler Lieferketten nicht enden – und verantwortungsvolle Unternehmen brauchen faire Wettbewerbsbedingungen.“



GABRIELA SOLD  
BETRIEBSRÄTIN BEI REWE UND VORSITZENDE DES VERDI-BUNDESFACHGRUPPENVORSTANDS EINZELHANDEL

„Als Betriebsrätin im Einzelhandel ist mir wichtig, dass die Ware, die wir verkaufen, unter menschenwürdigen Bedingungen produziert und transportiert wird. Ich stehe mit Gewerkschafter\*innen im Austausch, die in Brasilien für den deutschen Markt Orangen für Orangensaft produzieren. Meine Besuche vor Ort haben mir gezeigt, dass im Globalen Süden viele Erwartungen mit dem deutschen Lieferkettengesetz verbunden sind. Für mich ist es daher ein wichtiges Zeichen internationaler Solidarität, hier in Deutschland und Europa für starke Regelungen zu streiten.“



ANTJE VON DEWITZ  
GESCHÄFTSFÜHRERIN BEIM OUTDOOR-UNTERNEHMEN VAUDE

„Als mittelständisches Unternehmen setzen wir seit Jahren auf transparente Sorgfalt, langfristige Partnerschaften und klare Sozial- und Umweltstandards. Unsere Praxiserfahrung bringen wir in politische Prozesse ein, weil faire Wettbewerbsbedingungen und der Schutz von Menschenrechten nur mit wirksamen, europaweiten Gesetzen gelingen. Damit Verantwortung nicht freiwillig bleibt, sondern selbstverständlich wird.“



NILS BRÄNDEL  
EHRENAMTLICHER AKTIVIST BEI ROBIN WOOD

„Die konservativen Bürokrat\*innen im EU-Parlament betrachten Menschenrechte als Verhandlungsmasse. Gleichzeitig bezahlen Menschen in neokolonialen Ausbeutungsverhältnissen täglich für verschobene Fristen, politische Machtspielen und Händeschütteln mit Rechtsextremen. Lieferkettenrichtlinien schützen Menschenleben. Deshalb ist es jetzt unsere Aufgabe, für die Durchsetzung eines wirksamen Lieferkettengesetzes zu kämpfen – auf der Straße, in den Betrieben und in den Parlamenten.“

## WELTLADEN DACHVERBAND

Der Weltladen-Dachverband e.V. ist seit 50 Jahren ein zentraler Akteur des Fairen Handels in Deutschland. Als Selbstorganisation der Weltläden unterstützt er diese in allen Fragen rund um die Weltladen-Arbeit. Ein wichtiges Ziel ist, die Idee des Fairen Handels der Weltläden in der Öffentlichkeit und der Politik bekannter zu machen.

Weitere Informationen unter: [weltladen.de](http://weltladen.de)

## INITIATIVE LIEFERKETTENGESETZ.DE

Die Initiative Lieferkettengesetz ist ein Bündnis aus über 90 Menschenrechts- und Umweltschutzorganisationen, Gewerkschaften und kirchlichen Trägern. Sie setzt sich durch Petitionen, Protestaktionen, Recherchen und Gespräche mit Politiker\*innen für starke Lieferkettengesetze ein.

Weitere Informationen unter: [lieferkettengesetz.de](http://lieferkettengesetz.de)



Die **Romero Initiative (CIR)** setzt sich seit 1981 für Arbeits- und Menschenrechte in Ländern Mittelamerikas ein. Schwerpunkt ihrer Arbeit ist die Unterstützung von Basisbewegungen und Organisationen in Nicaragua, El Salvador, Guatemala und Honduras sowie die Kampagnen- und Bildungsarbeit in Deutschland. Sie engagiert sich für einen ganzheitlichen Wandel, hin zu einem gerechten Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, in dem Menschen unter würdigen Bedingungen arbeiten und leben können und Unternehmen sozial und ökologisch handeln.

Weitere Informationen unter: [ci-romero.de](http://ci-romero.de)

## JETZT AKTIV WERDEN: Fordern Sie den Schutz des Lieferkettengesetzes!

Die Bundesregierung plant eine Abschwächung des Lieferkettengesetzes – auf Kosten von Menschenrechten und Umwelt. Fordern Sie Ihre Bundestagsabgeordneten per E-Mail auf, Rückgrat zu zeigen und sich für ein starkes Lieferkettengesetz einzusetzen! Nutzen Sie dazu die Vorlagen der Initiative Lieferkettengesetz und entdecken Sie Tipps und weitere Ideen, um selbst aktiv zu werden.

INITIATIVE LIEFERKETTENGESETZ.DE

Alle Infos unter: [lieferkettengesetz.de](http://lieferkettengesetz.de)



## GUTES UND BEZAHLBARES ESSEN FÜR ALLE!

Unsere Europäische Bürger\*inneninitiative fordert verbindliche EU-Gesetze, die das Recht auf Nahrung für alle garantieren und Ernährungssysteme schaffen, die Menschen und Umwelt statt Konzernprofite in den Mittelpunkt stellen.



Jetzt hier unterschreiben: <https://eci.ec.europa.eu/053/public/>



## MENSCHENRECHTS-VERTEIDIGER\*INNEN UNTERSTÜTZEN

Der Menschenrechtsverteidiger\*innen-Fonds wurde von der Romero Initiative eingerichtet, um bedrohte Menschenrechtsverteidiger\*innen wie die Mitglieder der Agrarkooperativen in Honduras (siehe Seite 3) zu unterstützen. Bitte stärken Sie diesen Menschen mit einer Spende den Rücken!

Stichwort **MRV-Fonds**  
DKM Darlehnskasse Münster  
IBAN: DE67 4006 0265 0003 1122 00  
oder unter: [ci-romero.de/spenden](http://ci-romero.de/spenden)



## BESTELLSCHEIN

	Preis*	Anzahl
<b>Bestellen und im Freundeskreis verteilen!</b> Vorliegende Aktionszeitung <b>Brennpunkt: Menschenrechte stärken. Lieferkettengesetz verteidigen!</b>	gegen Porto	
Broschüre <b>Nahrung ist ein Menschenrecht für alle!</b>	gegen Porto	
Broschüre <b>Menschenrechte in der Lehrpraxis. Bildung verändern. Gesellschaft mitgestalten.</b>	gegen Porto	
Presente 1/2026 <b>Digitale Macht. Von KI, Kontrolle und dem Kampf um Menschenrechte</b>	gegen Porto	
<b>Wegweiser durch das Label-Labyrinth</b> (Mengenrabatt ab 10 Stück: 2 Euro)	3,- €	
<b>Quick Check zum Wegweiser durch das Label-Labyrinth</b>	gegen Porto	

\*Alle Preise zzgl. Versandkosten.  
Bestelladresse: Christliche Initiative Romero (CIR), Schillerstraße 44a, 48155 Münster, T. 0251 / 67 44 13 - 0, Fax: 0251 / 67 44 13 - 11  
Noch einfacher: Online bestellen (unter [www.ci-romero.de/bestellen](http://www.ci-romero.de/bestellen)) oder ausfüllen, abfotografieren und per E-Mail senden an: [shop@ci-romero.de](mailto:shop@ci-romero.de)

Name \_\_\_\_\_  
Straße, Nr. \_\_\_\_\_  
PLZ, Ort \_\_\_\_\_  
E-Mail \_\_\_\_\_  Bitte schicken Sie mir den E-Mail-Newsletter der CIR zu.  
Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

## WELTLÄDEN IM EINSATZ FÜR FAIRE LIEFERKETTEN

Im Fairen Handel stehen faire Preise, Transparenz und nachhaltige Wirtschaftspraktiken im Mittelpunkt – entlang der gesamten Lieferkette.

900 Weltläden begeistern bundesweit mit einzigartigen Produkten, schaffen Gemeinschaft und laden Menschen ein, sich zu engagieren – sei es in der Bildungsarbeit, im Ladendienst, auf Social Media oder bei politischen Aktionen. Machen Sie mit!

Zum **Weltladentag am 9. Mai 2026** kritisieren die Weltläden die schlechten Arbeitsbedingungen und die unfair verteilten Gewinne im Handel mit Früchten und zeigen auf, wie Wertschöpfung global gerechter verteilt werden kann. Denn fair fruchtet!

[www.weltladen.de/mitmachen/kampagnen-aktionen/weltladentag-2026](http://www.weltladen.de/mitmachen/kampagnen-aktionen/weltladentag-2026)



## WELTLADEN

[weltladen.de/mitmachen](http://weltladen.de/mitmachen)

### IMPRESSUM



Herausgeberin:  
Christliche Initiative Romero (CIR)  
Schillerstraße 44a, 48155 Münster  
T. 02 51 / 67 44 13 - 0  
Mail: [ci@ci-romero.de](mailto:ci@ci-romero.de)  
Internet: [www.ci-romero.de](http://www.ci-romero.de)

Redaktion:  
Anne Sträßler, Dominik Groß, Miriam Instenberg, Christian Wimberger (V.i.S.d.P.) (alle Romero Initiative)  
Lektorat: Spitzmesser+Weller  
Gestaltung:  
Marco Fischer, grafischer.com

Druck:  
Mittelhessische Druck- und Verlagsgesellschaft mbH, Gießen  
April 2026



Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz



Kofinanziert von der Europäischen Union

Diese Publikation wurde gefördert durch das Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUV) und das Umweltbundesamt (UBA). Die Mittelbereitstellung erfolgt auf Beschluss des Deutschen Bundestages. Die Verantwortung für den Inhalt der Publikation liegt bei den Autorinnen und Autoren resp. der Romero Initiative (CIR) und kann in keiner Weise als Standpunkt der Fördergeber angesehen werden.

Diese Publikation wurde von der Europäischen Union kofinanziert. Die Verantwortung für den Inhalt der Publikation liegt bei den Autorinnen und Autoren und kann in keiner Weise als Standpunkt der Fördergeber angesehen werden.

## UNTERSTÜTZEN SIE UNSEREN EINSATZ FÜR MENSCHENRECHTE!

Als Romero Initiative machen wir Menschenrechtsverletzungen und Umwelterstörung in Lieferketten öffentlich. Wir setzen uns für eine wirksame Umsetzung des Lieferkettengesetzes ein und nutzen es, um Lieferkettenbeschwerden einzureichen und gegen konkrete Menschenrechtsverletzungen vorzugehen.

Bitte unterstützen Sie uns mit einer Spende!

Romero Initiative (CIR)  
Stichwort **Kampagnenarbeit**  
DKM Darlehnskasse Münster  
IBAN: DE67 4006 0265 0003 1122 00

oder online unter: [ci-romero.de/spenden](http://ci-romero.de/spenden)



Spenden an die CIR können steuerlich geltend gemacht werden.